

Soziale-Zeitung.

Sechshundertziger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Generalen Kolonien...

Erdringt täglich preislos...

Rehabilit. und Genuß-Geschäft...

Bezugspreis... für alle... Besondere... Nr. 1140...

Nr. 587.

Galle, Dienstag, den 16. Dezember

1913.

Das Verjagen der Zivilgewalt in Zabern.

In seinen Reden bei Besprechung der Interpellationen über den Fall Zabern hat der Reichstagler sich darüber, ob die Darstellung der Militär- oder der Zivilbehörden zutrifft, zu jedem Urteile begeben...

Dieser Darstellung gegenüber ist eine Klarstellung des Sachverhalts in der Straßburger „Post“ recht interessant, die dem Blatte von „besonderer Seite“ zugeht.

Tatsächlich hat die Polizei in Zabern ihre Pflicht erfüllt. Als die ersten Anmüllungen vor dem Hause des Leutnants v. Forstner am 8. November stattfanden, wurden die sächsischen Polizeidiener sofort dahin geschickt...

Es ist auch vom Dienstag, den 11. November, ab nichts von besonderer Aufregung in der Stadt bemerkt worden. Die von auswärts herangezogenen Gendarmen konnten unbedenklich am 12. November wieder entlassen werden...

Auch an dem kritischen Tage, dem 28. November, war keinerlei Ansammlung vorzusehen. Der Gendarmenoberwachmeister war noch eine Viertelstunde vor dem Trommelwirbel, der der militärischen Straßensperrung vorausging...

Esens interessiert, wie diese Berichtigung der Darstellung der Militärbehörden sind auch mündliche Kommentare zu dem Straßburger Urteil gegen die drei Zaberner Militärtruppen.

Am! Also das Urteil hat die Arme und nicht das Recht gefällig? Mir meinen, die Arme hat gar kein Urteil zu fällen; auch für das Militärgericht sind die gesetzlichen Vorschriften allein bestimmend.

besonderen Schutz vom „Kod des Königs“ verlangen? Uns dünkt der Kriegsminister!

Abänderung des Kommunalabgabengesetzes.

II.

§ 36.

Gemeindesteuern vom Einkommen dürfen, unbeschadet der Bestimmungen über die Veranlagung von Einkommen (§§ 49 bis 51), nur auf Grund der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer und in der Regel nur in der Form von Zuschlägen erhoben werden.

Doch sind das gemeindesteuerpflichtige Einkommen nicht mit demjenigen Einkommen, das zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist, so ist unbeschadet der Vorschriften des § 33 Abs. 1 Nr. 3 Unterabsatz Satz 1 der dem Zuschlag zugrunde zu legende Steuerlast, sofern sich aus den §§ 44 bis 46 nicht ein anderes ergibt, nach den für die Veranlagung der Staatseinkommensteuer geltenden Vorschriften zu ermitteln.

Die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über die steuerliche Behandlung der Lantienen persönlich haftender Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, der Gewinnanteile dieser Gesellschaft für ihre nicht auf das Grundkapital gemachten Einlagen sowie des Teiles der Lieberhöfische solcher Gesellschaften, der an persönlich haftende Gesellschafter für diese Einlagen oder als Lantien verteilt wird (§§ 13 Abs. 2 Ziffer 3, 15 Abs. 2), sind auch für die Gemeindebesteuerung maßgebend.

Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln, sowie die auf Grund der §§ 62, 63 des Einkommensteuergesetzes vom 19. Juni 1906 erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Staatseinkommensteuer zieht die entsprechende Abänderung des Gemeindezuschlags nach sich.

§ 47.

Die Verteilung des gemeindesteuerpflichtigen Einkommens aus dem Besitze oder Betriebe einer sich über mehrere preussische Gemeinden erstreckenden Gewerbe- oder Bergbauunternehmung erfolgt, sofern nicht zwischen den beteiligten Gemeinden und dem Steuerpflichtigen ein anderweitiger Maßstab vereinbart ist, in der Weise, daß:

a) bei Versicherung-, Bank- und Kreditgeschäften das Gesamteinkommen nach Verhältnis der in den einzelnen Gemeinden erzielten Bruttoeinnahme verteilt wird; b) bei Handelsbetrieben, die offene Verkaufsstellen in mehreren Gemeinden unterhalten, der Umsatz maßgebend ist; c) in den übrigen Fällen das Verhältnis der in den einzelnen Gemeinden erwandten Ausgaben an Gehältern und Löhnen, jedoch ausschließlich der Lantienen des Verwaltungs- und Betriebspersonals, zugrunde gelegt wird.

§ 48.

Die Ermittlung der Bruttoeinnahmen (§ 47 Abs. 1 Litt. a), des Umsatzes (ebenda Litt. b) und der Ausgaben an Löhnen und Gehältern (ebenda Litt. c) erfolgt in dreijährigem Durchschnitt nach Einsicht eines den steuerberechtigten Gemeinden von dem Unternehmer beziehungsweise Gesellschaftsvorstande jährlich mitzuteilenden Verteilungsplanes. Derselbe ist bezüglich der Staats-eisenbahnen (§ 45) für jeden Direktionsbezirk besonders aufzustellen.

§ 71.

Sofort der Einspruch damit begründet wird, daß das von der Gemeinde herangezogene Einkommen auch von einer oder mehreren anderen preussischen Gemeinden zur Steuer herangezogen worden sei oder daß das in mehreren Gemeinden steuerpflichtige Einkommen im ganzen den höchstbetrag der Steuerstufe übersteige, in welche es bei der Veranlagung zur Einkommensteuer eingeschlagen sei (§ 51 Abs. 1), hat sich der Gemeindevorstand, wenn er nicht dem im Einspruch gestellten Antrage in vollem Umfang stattgibt, an den Kreisaußschuß, bei Beteiligung der Stadt Berlin oder anderer Stadtgemeinden an die Kammer für Abgabenachen abzugeben.

In den Fällen des vorstehenden Absatzes ist der Einspruch binnen vier Wochen, vom Tage der Bekanntmachung der Steuer (§ 65) seitens der zweiten oder einer weiteren eine Steuerpflichtig erwerbenden Gemeinde ab gerechnet, zu erheben. Zuständig ist der Kreisaußschuß — die Kammer für Abgabenachen — des Bezirks, in dem der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz (Sitz) hat. Beim Vorhandensein eines mehrfachen Wohnsitzes (Sitzes) ist die Behörde zuständig, in deren Bezirk

der Steuerpflichtige zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist. Kann hiernach die Zuständigkeit nicht bestimmt werden, so findet die Vorschrift des § 58 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1888 Anwendung.

§ 55.

Die Gemeinden dürfen Attiengemeinschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung bei der erstmaligen Veranlagung zur Gemeindeeinkommensteuer (§ 9 Ziffer 6 des Einkommensteuergesetzes in Verbindung mit § 60 Abs. 1 des gegenwärtigen Gesetzes) von dem Einkommen nachherlangen, das sie ausweislich des ersten das Vorhandensein von Lieberhöfischen ergebenden Abschusses in der vorangegangenen Zeit gehabt haben.

Artikel 2.

Die §§ . . . 3 . . . des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 (Ges.-Samml. S. 159) werden durch nachstehende Bestimmungen ersetzt:

§ 8.

Der Kreistag darf durch Steuerordnung die der Verteilung der direkten Kreissteuern auf Gemeinden und Gutsbezirke zugrunde zu legende Grund- und Gebäudesteuer durch eine nach dem Maßstabe des Wertes zu veranlagende Steuer vom Grundbesitz ersetzen.

Die Absätze 2, 4, 5 des § 25 des Kommunalabgabengesetzes finden Anwendung. Die Grundwertsteuer ist vom Kreisaußschuß zu veranlassen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in München.

Am Montag besuchte der Kaiser in München am Nachmittag in Begleitung des Königs Ludwig III. von Bayern das Deutsche Museum, insbesondere den riesenhaften Neubau und die nach der Maximilianstraße zu gelegenen Räume. Gegen Abend, um 5 1/2 Uhr, fand beim Kronprinzen eine Festtafel statt.

Die Verlegung des Kronprinzen nach Berlin.

Wie das „B. T.“ erfährt, ist die Verlegung des Kronprinzen in den Großen Generalstab nach Berlin nicht, wie es ursprünglich hieß, auf einen Wunsch des Kronprinzen zurückzuführen. Er traf den Kronprinzen vielmehr völlig überraschend, und die Kabinetsorder mit der Verlegung hat auf den Kronprinzen durchaus nicht angenommen gewirkt. Der Kronprinz soll den Versuch gemacht haben, die Verlegung rückgängig zu machen. Er ist am Sonnabend nach Danzig zurückgekehrt, nachdem er ursprünglich beabsichtigt hatte, noch einige Tage in Berlin zu bleiben.

Der neue deutsche Gesandte in Sofia, Dr. Michahelles, überreichte dem Könige Ferdinand in feierlicher Audienz sein Beglaubigungsschreiben.

Aus den Kolonien.

Uebergang von der Kaufschuß zur Sial-Kultur in Deutsch-Diarritia. Die niedrigen Weltmarktpreise für Kautschuk haben für die Pflanzler in Diarritia schwere Zeiten gebracht. Nach der „Deutsch-Diarritischen Zeitung“ ist nun eine ganze Reihe von Ansehlichen dazu übergegangen, an Stelle von Kaufschuß Sial-Abgaben anzubauen. Die Boden- und Wassererhältlichkeit sind günstig und das Unternehmen kann schon auf Erfolg rechnen, zumal da die Pflanzler beabsichtigen, späterhin eine Aufbereitungsanlage für ihren Hanf gemeinsam zu betreiben.

Parteinachrichten.

Fortschrittliche Verammlung in Eisenben. Aus Eisenben schreibt man uns: Am Donnerstag veranstaltete der Fortschrittliche Verein eine gut besuchte öffentliche Verammlung. Abg. Deltus sprach unter großer Aufmerksamkeit der Erschienenen über „Wehrbeitrag und Reichswehrvermögenssteuer.“ Einige Neuaufnahmen von Mitgliedern waren das Ergebnis des Abends. Eine Aussprache fand nicht statt.

Ausland.

Die deutsche Militärmission.

Wie dem „Dailig Telegraph“ aus Petersburg gemeldet wird, hat man in dortigen höchsten Kreisen die Auffassung, daß es nur einen befriedigenden Ausweg aus der Schwierigkeit gibt, in der man sich gegenüber der deutschen Militärmission in Konstantinopel sieht. Man wünscht nämlich in Petersburg, daß die englische Regierung ihre nach der Türkei entandenen Marine-Instrukturen zurückberufe, alsdann würden Rußland und Frankreich einen wirksamen Druck auf Deutschland ausüben können, um letzteres gleichfalls zur Rückberufung der Militärmission zu bewegen. — Das „Echo de Paris“ hat eine wertvolle Entdeckung gemacht: General Aman v. Sanders ist, nach diesem immer „ausgezeichnet unterrichteter“ Blatte, von jüdischer Abkunft, und aus diesem Grunde von der türkischen Regierung gemißachtet worden, in der betanunlich die jüdischen Einflüsse allmächtig sind. Die Angst des Auslandes vor der deutschen Militärmission wird nachgerade ebenso abern wie die Auswüjge, die dieser Furcht entspringen.

Neues aus China.

Die „Times“ erfährt aus Peking, daß die chinesische Regierung vor dem Abschluß eines Vertrages mit der englischen Firma Hauling steht, der der Bau einer Eisenbahn von Chah in der Provinz Szechuan nach Singifu in der Provinz Kwangsi mit einer Zweiglinie nach Tschanantse und Tschanantse übertragen werden soll. Die Gesamtlänge wird etwa 800 englische Meilen lang sein und die geplanten Linien Sankau—Tschang und Sankau—Kanton sowie die von Franzosen geplante Linie Yunnanfu—Nanning und Yunnanfu—Danoi verbinden. — Wie ein Telegramm aus Schanghai meldet, nehmen die Amerikaner und Engländer an dem russischen Vorschlag, die Zuppen aus Sibirien auf amerikanisches Gelände in Peking Reichs erklärte, Amerika bestehe nicht an eine Zurückziehung. Die englische Presse betont, daß es besser, statt die Zurückziehung der Truppen zu empfehlen, auf die Monogalen zu wirken, den Vorkampf auf Kalan einzustellen. Höchst verdächtig sei es, daß Rußland aus Peking nicht aber aus Sankau fortgehen wolle, wo es zuerst gar keine Interessen habe. Wenn Rußland Peking aufgabe, müßten die anderen Mächte ihre Schwächen verkünden, um den russischen Teil mitzubeheben.

Straßenkrawalle der Suffrageten. Sonntagabend kam es in London an Arbeiterviertel Gastend zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Anhängern des Frauenstimmrechts, nachdem tags zuvor eine Demonstration vor dem englischen Königspaar im Coventgarden-Opernhaus mißlungen war. Eine Menge von 200 Personen versuchte vor den Häusern der Stadträte, die den Anhängern des Frauenstimmrechts die Benutzung eines städtischen Saales verweigert hatten, eine Kundgebung zu veranstalten. Die Polizei forderte die Menge auf, die Straße zu räumen. Trotz dem begann eine Frau Reden zu halten. Darauf griff Polizei zu Pezde und zu Fuß an. Die Menge schloß sich unter Schreidrusen. In der Dunkelheit wurden mehrere Frauen und Kinder mit Füßen getreten; es wurde jedoch niemand ernstlich verletzt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Straße war bedeckt mit zertrümmerten Fächern, Stühlen, Stöcken und anderen Trümmern.

Halle und Umgebung.

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandssitz der Herren Vizebürger Dr. Lembke, Vizebürger Dr. Höhring, Kaufmann Probst und Eisenbahndirektor Borchert.
Eingegangen sind drei Petitionen, und zwar von der Handwerkskammer, dem Innungsausschuß und der Unfallversicherungs-Vereinigung, welche sich gegen einen Teil der geplanten Steuererhöhungen in der Abgabe von Gas wenden. Die Petitionen werden dem Referenten zugeföhrt. Eine Eingabe der Hallischen Bauernvereinsinnung wünscht einseitige Vergütung der Vorlagen über die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises. Die Eingabe wird einmütig zurückgelegt.
Dann tritt man in die Tagesordnung ein.
Punkt 1 betrifft die

Neuwahl von 4 Stadträten.

Herr Stv. Höhring referiert darüber. Er schlägt die Herren Engels, Gugas und Hertel zur Wiederwahl vor. Herr Stadtrat Werber habe leider eine Wiederwahl abgelehnt. Herr Werber habe 26 Jahre den städtischen Behörden angehört, seit 1893 als Stadtrat dem Magistrat. Alseit habe man seine Arbeitskraft, seinen Eifer, seine Erfahrung und seine Kenntnisse hochgeschätzt. Wenn er jetzt altershalber eine Wiederwahl ablehne, so lege die Versammlung ihn ungenügend an seinem Amte fest. Der Vorstand wurde ermächtigt, Herrn Werber ausdrücklich den Dank für die der Stadt geleisteten Dienste zu übermitteln. Bei der Ersatzwahl werden 47 Stimmen abgegeben. 7 Zettel sind unbeschrieben, 3 lauten auf Herrn Robe, 1 auf Herrn Pfauß, 36 auf Herrn Probst.

Herr Probst ist gewählt.

Er nimmt die Wahl dankend an.
Bei der Neuwahl für das Mandat des Herrn Engels fallen von 47 Stimmen 1 auf Herrn Wiesel, 1 auf Herrn Höhring, 41 auf Herrn Engels, 4 Zettel sind unbeschrieben. Herr Engels ist also wiedergewählt.
Bei der Neuwahl für das Mandat des Herrn Gugas erhält Herr Gugas 38 Stimmen, Herr Haale 2 Stimmen, Herr Bruch, Herr Höhring und Herr Neuh je 1 Stimme. 5 Zettel waren unbeschrieben. Herr Gugas ist wiedergewählt.
Bei der Neuwahl für das Mandat des Herrn Hertel erhält Herr Hertel 45 Stimmen, 4 Zettel sind unbeschrieben. Herr Hertel ist wiedergewählt.
Punkt 2 betrifft eine Anfrage der Herren Höe und Gengen über die

Krankenversicherung der Diensthöten.

It der Magistrat geneigt, nach dem Vorgange anderer Städte für die Aufrechterhaltung der bisherigen Gebührendenemts unter Erweiterung der Leistungen bis zur gesetzlichen Höhe durch Verhandlungen und Verträge mit den Krankenhäusern und Altkassen einzutreten?
Herr Stv. Schmid-Rimpler begründet die Interpellation, bleibt aber am Preislich leider unverständlich. Verhandeln wird dort nur der Sach, daß die Herrschaften wohl kaum die Verträge, die die Diensthöten mit zwei Drittel zu begehren haben, tatsächlich von den Diensthöten tragen lassen werden.

Herr Stadtrat Deide: Die städtischen Behörden haben beschloßen, keine Landkrankenfälle zu gründen. Dazu können die Herrschaften und Diensthöten granzieren. Wenn keine Landkrankenfälle bestände, gehören die Diensthöten in die Ortskrankenfälle. Die Herrschaften stehen sich dabei nicht schlechter, die Diensthöten aber besser dank der gütigeren Leistungen. Der Entwurf ist gemacht, die Diensthöten könnten politisch befristet werden; die Beamten der Kasse haben aber wirklich keine Zeit dazu. Die einzige Gelegenheit sind nur die Wahlen. Aber auch da braucht man nicht schwärzen zu sehen. Das Gesetz hat die Möglichkeit gegeben, die Diensthöten von der Versicherung freizulassen unter der Voraussetzung, 1. daß der Diensthöter präsentlich leistungsfähig ist — die Befristung liegt der Referentienliste ob —, und 2. daß die Diensthöterschaft diesen Leistungen gewährt wie die Krankenkasse. Die Interpellation fragt nun, ob die Stadt nicht die Ablösung derartiger Verpflichtungen zu arrangieren gedenke. Demgegenüber erkläre ich: Der Magistrat beschließt nicht, bezerrigte Verträge anzuföhren. Das wäre sehr un-

Herr Stv. Emmer: Die Frage ist interessant: Können die Diensthöten der Herrschaften nach dem 1. Januar von den Ärzten behandelt werden. Die Letzte streiten doch. Da der Sekretär der Letzte nicht anwendig ist, können mir der Magistrat fragen: Welche Schritte der Magistrat zu tun gedenkt, eine ärztliche Versorgung der Diensthöten sicherzustellen. Die politische Beeinflussung der Diensthöten ist nicht zu bestören. Die Herrschaften brauchen ja einfach ihre Diensthöten nicht zur Wahl gehen zu lassen, dann werden sie nicht infiziert.

Herr Stadtrat Deide: Wie liegen in Halle die Dinge der ärztlichen Versorgung der Krankenkassenmitglieder? Der Magistrat hat sich um die Sache bemüht. Es sind Verhandlungen eingeleitet worden, an denen Vertreter der Letzteheit und der Krankenkassen teilnehmen. Wir kamen auch soweit, daß wir einen Vertragsentwurf zustande brachten. Er war ja noch nicht fixiert, aber die Bestimmungen stehen eine glatte Regelung früher erwarten. Da aber griff plötzlich der Leipziger Verzeiterhand ein. Er stellte sich der ärztlichen Verzeitervertretung gegenüber auf den Standpunkt: Es dürfen überhaupt keine Verträge mehr abgeschlossen werden. Die Kassen müssen insofgeffen statt der ärztlichen Versorgung und der Lieferung der Medikamente künftig eine Barleistung geben. Neben dem Krankengeld kann die Barleistung bis zu zwei Drittel des gesetzlichen Krankengelds betragen; die näheren Bestimmungen erfolgen darüber noch durch die Ortskrankenliste. Eine Not hinsichtlich der ärztlichen Behandlung wird nicht eintreten. Die Letzte wollen ja nicht die Behandlung der Kranken verweigern, sie wollen die Kassenmitglieder nur als Privatpatienten behandeln, und nicht durch Vermittlung der Krankenkasse.

Herr Stv. Höe erkläre sich über die Beamtung der Interpellation für befriedigt. Herr Stv. Schmid-Rimpler habe recht: Die Herrschaften werden die Diensthöten zur Zahlung der zwei Drittel der Beiträge nur dann heranziehen können, wenn sie ihnen zugleich eine entsprechende Lohnerrhöhung gewöhren. Die Versicherung wird jeder, der soziale Empfinden hat, als einen Fortschritt begrüßen.

3. In der Wollstraße zwischen Hoch- und Liebenauerstraße liegt in der zur Straße gehörigen Wohnung eine Parzelle von 10 Am. Größe, die sich noch im Eigentum des Privatmanns Friedrich Bolke befindet. Dieser hat die Parzelle der Stadtgemeinde Halle zum Gesamtpreise von 175 M. angeboten. Der Magistrat hält den Preis für angemessen und hat beschloßen, das Kaufangebot anzunehmen. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Emmer.)

4. Der Neubau des Provinzial-Museums wird demnächst fertiggestellt und seinem Zwecke übergeben. Bei der hervorragenden Stellung dieses Gebäudes ist, wie der Referent Herr Stv. Kallmeier darlegt, eine Veränderung der an seiner Hauptfront entlang führenden Straße der Triftstraße wie auch des nördlichen Teiles des Wettiner Platzes nötig. Die Verändeerung der Straßenbreite ist jetzt um so eher möglich, als die Straßenbahnlinien dort befristet werden. Durch die Regulierung wird der Austausch zweier Flächen zwischen der Provinzial-Verwaltung und der Stadtgemeinde bedingt. Gegenüber den jetzigen Mägen wird die Straße etwas verbreitert. Die Bäume im Zuge der Triftstraße vor dem Museum kommen in Wegfall. Die obere Hälfte des Wettiner Platzes wird dahin geändert, daß die inmitten gelegenen Sitzplätze und das Bulwerfeld befristet werden, der gerade obere Teil somit eine einheitliche Fläche bildet. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 3900 + 2250 = 6150 M. sollen, wie Herr Stv. Grabeland als Referent des Finanzausschusses bemerkt, aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds bewilligt werden.

Die Herren Stv. Gerig und Emmer wollen die Vorlage vertragen, weil sie eine Befristung der Sitzplätze nicht wünschen.

Die Versammlung nimmt jedoch die Magistratsvorlage an.

5. Der Magistrat hat das Bedürfnis für folgende Personalveränderungen anerkannt, die am 1. April 1914 in Wirksamkeit treten sollen: 1. Zentralbureau. Umwandlung einer Assistentenstelle in eine Sekretärstelle, Mehrkosten 50 M. Die Versammlung stimmt zu.

2. Stadthauptkasse. Neuschaffung von 2 Buchhalterstellen in der Gehaltsklasse der Sekretäre, Mehrkosten 4800 M.
Herr Stv. Brechmer er beantragt namens des Staatsausschusses nur die Bemittlung einer Stelle.

Herr Bürgermeister v. Holly und Herr Stv. Hülsmann empfehlen mit Rücksicht auf das riesige Anmachden der Gehaltsklasse die Gründung zweier Sekretärstellen. Wenn die Beamten höftig arbeiten müßen, liegt die Sicherheit in Gefahr. Der Stadtmagister sei in seinen Vorberungen stets sehr zurückhaltend.

Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit für zwei neue Stellen.

3. Polizeiverwaltung. Neuschaffung der Stelle einer Polizeischiffin vom 1. April 1914 ab und einer Kriminal-Polizeilehrerinnenstelle vom 1. Oktober 1914 ab, Mehrkosten 2850 M.

Der Referent Herr Stv. Brechmer legt dar, daß die Polizeischiffin keine Exekutivgewalt haben soll, sondern nur ein beratendes, fürsorgendes Amt. Sie soll bei Leibesbesitzungen Jugendlichen in Funktion treten, und die gefährdeten jungen Mädchen, die zum erstenmal mit der Stattenposse in Konflikt kommen, wieder auf den rechten Weg bringen.

Der Kriminalreferent wird bewilligt, die Stelle für die Polizeischiffin aber mit 22 gegen 22 abgelehnt, da der Herr Vorleser, der bei Stimmengleichheit mit seiner Stimme entscheidet, gegen die Stelle stimmt.

4. Bauamt. a) Bureau I. Umwandlung einer Assistentenstelle in eine Sekretärstelle, Mehrkosten 50 M. b) Hochbauamt. Umwandlung einer Diätarstelle in eine etatsmäßige Assistentenstelle und Neuschaffung einer etatsmäßigen Bureauangestelltenstelle, Mehrkosten 2200 M.

Der Antrag wird angenommen.

5. Nahrungsmittel-Untersuchungsamt, Statistisches Amt, Museum und Feuerweh. Erhöhung der Gehälter der Direktoren dieser Kemter, Mehrkosten 2200 M. und unter 9a Gehaltsaufbesserung für den Schlachthöfendirektor 800 M.

Herr Stv. Brechmer als Referent führt aus, daß die Direktoren des Statistischen Amtes und des Museums jetzt 4500—6000 M. Gehalt beziehen; der Magistrat will ihnen 5000—7000 M. beziehen. Der Direktor der Feuerweh hat 4100—5000 M.; er soll nach dem Magistratsantrage 4800

bis 6800 M. erhalten. Der Schlachthöfendirektor bezieht 5000 bis 7000 M., der Magistrat schlägt vor 5500—7500 M. Es wird gesagt, das Gehalt für den Direktor des Nahrungsmittel-Untersuchungsamts sei zu gering, der Herr werde weggehen; darum will ihn der Magistrat um 1000 M. erhöhen. Da aber die anderen Stellen gleichwertig sind, müssen auch sie in der Besoldung erhöht werden. Der Staatsausschuß steht aber in seine Veranlassung, dieses Argument für stichhaltig zu erachten. Die Besoldung entspreche der Größe unserer Stadt. Wenn sich den Herren größere Stellen bieten, können wir sie doch nicht halten. Der Branddirektor hat übrigens eine Wohnung im Werte von 1200 M. für 410 M. und 300 M. Kleidgebeld. Der Schlachthöfendirektor hat auch eine große Dienstwohnung für billiges Geld und 1000 M. Nebeneinnahmen durch die Fleischbeschauverzeiter. Magdeburg zahlt 7500 M., Erfurt 6600 M. seinem Schlachthöfendirektor; wir sind mit 7000 M. in der richtigen Mitte. Der Staatsausschuß hat darum Ablehnung beschloßen.

Dann hat uns der Magistrat noch eine Petition der städtischen Beamten zugeföhrt, worin die Beamten generell darum bitten,

die Gehälter der städtischen Beamten durch Erhöhung anwährend dem Staat gezahlten Gehältern der gleichen Kategorien gleichzumachen.

Der Staatsausschuß ist zu der Ansicht gelangt, daß auch diese Petition abzulehnen ist, und zwar mit Rücksicht darauf, daß das Wert der Gehaltsregulierung erst vor nicht langer Zeit erfolgt ist und nimmere als vorläufig abgeschlossen gelten muß. Die Zeit, von neuem mit Gehaltsaufbesserungen vorzugehen, ist um so ungünstiger gewährt, als die wirtschaftliche Konjunktur gegenwärtig nicht gut ist und weite Kreise des gesellschaftlichen Lebens einen Rückgang ihrer Einnahmen zu beklagen haben.

Judem sei eine Steuererhöhung von etwa 8 Proz. in nahe Aussicht gestellt.

Angehts dieser Verhältnisse sei der Staatsausschuß einmütig zu der Auffassung gelangt, es sei zweckmäßig, die Petition durch Übertragung zur Tagesordnung zu erledigen. Der Magistrat habe übrigens an der Petition keine Stellung genommen.

Herr Stv. Schaar Schmidt bebauert den Beschluß, soweit er die generelle Petition des Vereins städtischer Beamten angeht. Die Gehälter der mittleren und Unterbeamten seien tatsächlich zu gering. Die Unterbeamten hätten Not, ihre Familie zu ernähren. Wenn der Magistrat uns eine Vorlage über Erhöhung der mittleren und unteren Beamten gemacht hätte, so würde ich das mit Freuden begrüßt haben. Statt dessen bringt er uns einen Antrag auf Aufbesserung für die Direktoren. Das Vorgehen steht in Widerspruch mit den Erklärungen des Magistrats, der seinerzeit, als die Assistenten mit ihren bezerrigten Gehältern wünschungen kamen, das Wert der Besoldungsordnung für abgeschlossen erklärte; man dürfe keine Kategorie herausgreifen und sie aufbessern. Wir wollen nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern die Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung, event. zur Ermöglichung überweisen.

Herr Stv. Helme erkläre sich auch der Ansicht, daß der Magistrat seine eigene Stellung, die er seinerzeit gegenüber den Assistenten angenommen hat, durch den Antrag zugunsten der Direktoren durchbrochen hat. Der Magistrat mühte zu der Petition Stellung nehmen; er mühte sie ablehnen oder uns eine Vorlage machen. Die Petition der Assistenten, für die im Kollegium eine Mehrheit bestand, ist nur abgelehnt, weil der Herr Oberbürgermeister die bekannte Erklärung abgab.

Die Versammlung beschließt mit großer Mehrheit Übertragung zur Tagesordnung.

6. Friedhofverwaltung. a) Neuschaffung einer „Verwalterstelle“ auf dem Nordfriedhofe, Mehrkosten 2100 M. b) Neuschaffung von je einer Kassenstelle auf dem Nordfriedhofe und dem neuen Friedhofe an das Deffauerstrasse; sowie Überweisung eines Diätars an das Bureau der Friedhofsverwaltung, Mehrkosten 5700 M.

Die Anträge werden angenommen.

7. Steuerverwaltung. Neuschaffung einer Sekretärstelle im Steuerbureau (Bureau II), Mehrkosten 2400 M. Die Versammlung stimmt zu.

8. Gelehrtenamt. Neuschaffung einer Assistentenstelle, Mehrkosten 2100 M.

Die Stelle wird bewilligt. Ebenso

9. Beim Schlacht- und Viehhöft die Neuschaffung einer Assistentenstelle unter Ermäßigung des Verlags für Schreibhilfe um 1000 M., Mehrkosten 1100 M.

10. Ueber die beantragte Einrichtung eines Jugenddamtes referiert Herr Stv. Höe im zusammenfassenden Sinne. Das Gehalt des Leiters des Jugenddamtes soll 4200—6000 M. betragen.

Herr Stv. Hülsmann wünscht dem Leiter des Jugenddamtes die Stelle der Vorkursdirektoren zu geben, Höchstgehalt 5600 M.

Die Errichtung des Jugenddamtes zum 1. April wird einmütig angenommen, das Gehalt des Leiters des Jugenddamtes soll einflußnehmen für 1914 das eines Volksschullehrers und 1000 M. Zulage sein; die definitive Festsetzung der Gehaltskala von 1915 ab bleibt nach dem Antrage des Herrn Stv. Pfauß ipäterer Beschlußfassung vorbehalten.

7. Der Hauswartplan der Hospitalverwaltung pro 1914 wird genehmigt und in Einnahme und Ausgabe auf 66 300 Mark festgelegt.

Die Punkte 8 und 9 werden vertagt.

Punkt 10 betrifft die

Einführung eines Gasseinheitspreises von 14 Pfg.

Herr Stv. Brechmer referiert darüber, (wobei er im wesentlichen die auch von uns wiederholt hervorgehobenen Gesichtspunkte der Vorlage beleuchtet. Die Red.). Die Erfüllung des Wunsches, unter 14 Pfg. herabzugeben, würde die Rentabilität des Werkes vom Schaben ungeres Stadthäufels, der auf die erwerbenden Institute angewiesen ist, zu hart beeinträchtigen. Die Einführung der Gasautomaten ist überzeugend als ein großer Vorteil für die Gaswerke anzusehen; nur durch die Gasautomaten läßt sich der Verbrauch stark steigern. Wenn nur die Automatenerrichtung mit Mängasmeßer (ohne Geige- und Innenleitung und ohne Gebrauchsgarante gewährt wird, erhält man für 10 Pfg. 625 Liter Gas. Wenn die Automatenerrichtung

Zettel, auf dem geschrieben stand, daß im Elektricitätswerte etwas passiert sei, das er nicht überleben könne. Ein Dynamo im Werte war zerstört worden.

Wittenberg, 14. Decbr. (Das Bibergebiet.) Der Amtmann M. Behr hat vom September bis zum 2. Dezember in 43 Tagessitzungen die Gebiete der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt bereist, in denen jetzt noch Biber anjähig sind. Das Bibergebiet erstreckt sich in der Elbe und deren Nebenarmen (Stillingen) von Bretter bei Magdeburg und Herzogtsberge bis Aiden oberhalb Wittenberg, in der Saale von Saalborn bis Kleinroßberg, in der Weide von der Mündung bis Hügeln. Verschiedene bekannte Bäche bei Aiden sind auch noch bis 4 Kilometer von den Flüssen ab in geeigneten Gewässern.

Braunhewig, 14. Decbr. (Ein große angelegter Schwimmbad.) Der aber durch seine prompte Erfindung ins Wasser fiel, ist dieser Tage verlußt worden. Eine Reihe von Gemeindevorsteher des Herzogtums erhielt ein Schreiben aus Braunhewig, wonach eine Kapelle auf Wiede ausgegraben sei. Für jedes im Orte vorhandene Pferd sei eine Mark einzuziehen, und zwar sei der Briefschreiber damit beauftragt. Die neue Steuer sei aber deshalb nötig geworden, weil im „Kriegslande“ noch 60 Millionen fehlten. Die Gemeindevorsteher schüttelten einer wie der andere den Kopf und legten den Brief beiseite. So etwas von einer Steuer-ausföhrung hatten sie noch nicht gesehen, und da ihnen als dem ordnungsmäßigen Amtsinhaber nichts davon bekannt geworden war, so haben sie denn auch sofort ein, um was es sich handele, die Sicherheitsbehörde wußte, benachrichtigt und der Absender des Briefes, der in der Glesmarstraße in Braunhewig wohnte, verhaftet. Bei seiner Vernehmung gab er an, selbst der Betroffene zu sein; er habe im Auftrage eines Berliner Herrn gehandelt, der für das Deutsche Reich Vertreter lüde und ihn auch als solchen angeheißelt habe.

Eisenberg, 14. Dec. (Brand eines Rittergutes.) Gestern nachmittags 2 Uhr ist in Eßdorf das Rittergut vollständig niedergebrannt. Von dem Vieh konnte nur wenig gerettet werden. Sämtliche Erntevorräte wurden vernichtet. Der Schaden ist bedeutend.

Sondershausen, 14. Decbr. (Die entführte Koffel.) Einbrecher holten nichts in der Postagentur Verla bei Sondershausen den Wertigheit, entnahmen ihm 800 Mk. und warfen ihn dann in die Wipper.

(-) Bad Wiedenitz, 14. Dec. (Ankauf für den Badebetrieb.) Wieder ist der Besitz der Gräfin, Wierichen Badeverwaltung um ein beträchtliches Objekt vergrößert worden. Das bekannte, inmitten des Dresdener Müllers hotel ist nun der Kurkubstion angekauft, um in einem modernen Badehaus umgebaut zu werden. Mit dem Badehaus wird eine neuzeitliche Dampfheizung verbunden werden. Die Umbauten des Kurhauses föhren inwärdig rüch vorwärts. In allernächster Zeit wird auch mit dem Neubau der neuen Brunnenanlage gegenüber dem Kurhaus begonnen werden. Diese wird von Mittelwert einer etwa 60 Meter langen Wandelbahn bilden, die an einer Seite einen Vesal und an der anderen Seite einen Musikpavillon als Anhaltspunkt erhält, während die Kuffette der Halle mit modernen Lüden ausgestattet wird.

Göttingen, 14. Dec. (Friede zwischen hiesigen Ärzten und Krankentassen.) Eine Verarmung der Göttinger Ärzte ist sich im Gegenlatz zu den Beschlüssen des Leipziger Ärzteverbandes dahin schließig geworden, die zwischen den Ärzten und den Krankentassen bestehenden Verträge nicht zu kündigen. Seit fünf Jahrzehnten zwischen Ärzten und Krankentassen in Göttingen bestehende gute Verhältnis erklärt also feinerlei Trübung und der Friede bleibt auch fernerhin gemacht.

Kunst und Wissenschaft.

Der Studentenstreik in Jena.
Der Defekt der medizinischen Fakultät der Universität Jena hat am schwarzen Brett durch besonderen Anschlag die Studierenden der Zahnheilkunde darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen im Fall eines Behaltens im Streik der Verlust der Anrechnung eines Studiensemesters droht, da ihnen die Professoren keinen Praktikantenchein auszubändigen brauchen.

Eine neue Farbentzahn.
Der Maler C. Sjöenroth's Wänden hat dieser Tage im Münchener Kunstverein ein ladendiebiges Badikum mit großem Erfolg eine von ihm erfundene Farbe vorgeführt, die sich sowohl in Pastell, wie in Aquarell — und Temperament — oder gleichzeitig in einer Verbindung dieser Techniken verwenden läßt. Die Grundfarbe erweist sich als die vor den Augen der Zuschauer entworfenen und dann fixierten Eisigen konnten ohne Schaden abgerieben und geteilt werden — und als weiteren Vorteil eine ungewöhnlich rasche Arbeitsweise gestattet. Dabei verliert die Farbe bei Färbelbehandlung durch die Färbung nichts an Leuchtbarkeit und intensiven Schmelz. — Bemerkenswerte Künstler, wie Dill, Habermann, Marx und Riebmeyer, haben die Farbe schon praktisch verwendet und ihr durchweg eine glänzende Zukunft prognostiziert.

Professor Max Deus geht nach Hamburg. Die Berliner Universität hat einen neuen Löwenen Verlust erlitten. Der ausgescheidete Direktor, Professor Max Deus, verläßt Berlin und tritt mit Beginn des neuen Semesters sein Lehramt am Hamburg'schen Wissenschaftlichen Verein an.

Die Erinnerungen Alfred Russel Wallace's. Wie aus London berichtet wird, bereitet man dort die Herausgabe eines Buches vor, das eine Sammlung von Briefen und Lebenserinnerungen des ausgezeichneten Gelehrten Alfred Russel Wallace enthalten soll. Mit der Eöftung und Herausgabe des Materials ist James Macgillivray betraut, der sich jetzt mit der Bitte an die Öffentlichkeit wendet, ihm Briefe und anderweitige Mitteilungen an seine Adresse, Lochnagen, Gwendridg Kent, senden zu wollen.

Ein Brannen Leberer für Frankfurt a. M. Für einen Brannen auf dem Theaterplatz in Frankfurt a. M. hat ein engerer Wettbewerb ausgeschrieben, an dem die Bildhauer Fritz Behn in Wänden, Heinrich Sobst in Darmstadt, Fritz Kimmich und Hugo Leberer in Berlin teilzunehmen dürfen. Von den vier Bewerbern gingen sechs Entwürfe ein, von denen der von Professor Hugo Leberer jetztgekönt wurde. Der Brannen ist eine Stiftung von Alfred und Ludwig Bohn in Frankfurt a. M.

Theater und Musik.

Der neue Intendant des Schwärmer Hoftheaters.
Als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Generalintendanten des Hoftheaters in Schwärmer, Herr v. Debes, wurde der Direktor des ehemaligen Neuen Theaters in Berlin, Dr. Alfred Schmieben, ernannt.

Schmieben, eine bekannte Persönlichkeit im Berliner Theater-

wesen, war ursprünglich offener Offizier und begann seine künstlerische Laufbahn als Violonist am Hoftheater zu Weimern. Als Regisseur und Darsteller war er dann an verschiedenen Hoftheatern tätig, bis er einem Ruf als Regisseur an das Berliner Volksopertheater folgte. Auch hier bewährte er sich durch seine geschmackvollen Inszenierungen. Später übernahm Schmieben die Leitung des früheren Neuen Theaters, wo er auch Gelegenheit hatte, sich als Bühnencurator erfolgreich zu betätigen. Nach dem Tode der Ober hat sich der neue Intendant an die Leitung des Hoftheaters in Schwärmer übernommen. Seit dem 1. Januar 1914 wird Herr Dr. Schmieben sein neues Amt antreten.

Dem H. T. wird dazu berichtet: Mit Weimern-Schmieben haben Dr. Schmieben seit längerer Zeit bereits besondere Bande verknüpft. An der Hochschule in Weimern erwarb er den Doktorgrad, und dem in Potsdam im vorigen Sommer ein Lehrgang als Hauptmann der Reserve. Er ist auch als Leiter des Neuen Theaters in Berlin mit Hofkreisen viel in Verbindung gekommen und soll sich namentlich der besonderen Aufmerksamkeit des Kronprinzen erfreut haben.

Diese höchsten Beziehungen sind aber nicht genügend, um Schmieben für sein neues Amt zu qualifizieren, wenn er nicht auch gleichzeitig als gewissenhafter und geschickter Bühnenmann bekannt wäre, der zwar keine großen Wagnerianer unternehmen, aber stets gutes Niveau halten wird. Der neue Intendant wird der Ober besondere Aufmerksamkeit widmen.

Bühnenchronik.
„Die lange Julie“, Carl Hauptmanns festes Drama, ist auf den Erfolg in Hamburg und Wien hin schon von Geheimhalt unterzogen für die hiesigen Theater in Göttingen und für das Deutsche Theater in Hannover von Direktor Rudolph erworben worden, der auch Hauptmanns „Amielische Lebensbilder“ in dieser Spielzeit bringen wird.

Das Ende des Weinartner-Prozesses. Eine überraschende Kunde kommt von dem Schauspiel, auf dem letzten Jahr und Tag der Kampf zwischen dem Generalintendanten Graf v. Helldorf und seinem früheren Hoftheaterregisseur Felix von Weinartner getobt hat. Weinartner hat jetzt die Klage, die auf Unterlassung der Bebauung gerichtet war, daß er sich des Kontraktbrüches schuldig gemacht habe, zurückgezogen; es sollte darüber in einem neuen Termin verhandelt werden, der nun gegenstandslos geworden ist. Der Grund, die Klage des Weinartner bestimmt haben, ist auch den beteiligten Rechtsbeiständen noch nicht bekannt. Aber ersichtlich bleibt die Tatsache immerhin, daß ein Streit beendet zu sein scheint, bei dem schließlich niemand etwas Neues zu gewinnen hatte.

Vermischtes.

Die Uebergabe der „Mona Lisa“.
Eine Meldung des „Matin“ zufolge wird die offizielle Uebergabe des wiedererlangenen Gemäldes Leonardo da Vincis an Frankreich durch die italienische Regierung am kommenden Sonntag erfolgen.

In dem Koffer des wegen des Diebstahls der Mona Lisa verhafteten Verurteilten wurden 93 Briefe gefunden, welche alle die Hintergründe tragen. Seine Privatkorrespondenz umfaßt 18 Briefe, die von 1818 bis 1824 in das Fremdenbuch eingetragen sind. Die Briefe betreffen eine Deutsche lein und als Dienstmädchen, Sonne oder Erzieherin in einer französischen Familie gelebt haben. Die Polizei jetzt nach dieser Frau, die sie heißt, von ihr neue Aufschlüsse über den Diebstahl der Mona Lisa zu erhalten.

Eine Briefmarken-Sammlung im Werte von 200 000 Fres.
gestohlen. Sonntag wurden einem bekannten ungarischen Briefmarkensammler namens Sackula-Bela in einem Pariser Hotel die sämtlichen bei ihm befindlichen Briefmarken, die einen Wert von 200 000 Fres. repräsentieren, durch einen Diebstahl, der sich in einem Zimmer neben dem Briefmarkensammler gemietet hatte, gestohlen. Er hat sich in das Fremdenbuch unter dem Namen eines Stefan Quattl eingetragen. Er ist, wie man annimmt, dem Briefmarkensammler bereits lange Zeit nachgeschlichen, um in den Besitz der kostbaren Sammlung zu gelangen, bis ihm dies nun endlich gelungen ist.

Tragödie zweier Studentinnen. Lebhafte Bedauern ruft in Wien die Tragödie zweier jugendlicher Studentinnen hervor. An der Wiener Universität studieren vier aus der Bukowina stammende Schwestern namens Schaefer, von denen die älteste, Johanna, bereits den Doktorittel hat und Spitalärztin im allgemeinen Krankenhaus ist. Von den anderen studieren noch zwei Medizin, die vierte Philosophie. Sonntag nachmittag haben die 24jährige Jüngerin der Medizin, Ella Schaefer und ihre 22jährige Schwester, die Philosophin Friederike, aus bisher unbekannter Ursache Gift genommen. Trotz der größten Bemühungen der ältesten Schwester und zweier Ärzte konnten die beiden Mädchen nicht mehr gerettet werden. Ein Zettel, der vorgefunden wurde, enthielt die Worte: „Das Motiv der Tat geht niemand etwas an.“

Unter dem Banner des Schauerromans. Die fünfzehnjährige Tochter Marquiete des reichen Pariser Fabrikanten Lima ist das Opfer schlechter Letztüre geworden. Dem Mädchen bildete sich unter den Einbrüden von Delictromanen, die sie malsenhat las, ein, sie sei eine verlassene Frau und müsse ihren ungetreuen Geliebten erlösen. Tatsächlich stellte sich das Mädchen Sonntag abend am Eingange eines Konzerthalls auf und mütterte eine Anzahl aus dem Lokal tretender junger Herren. Sie feuerte dann einen Revolver auf einen jungen Mann namens Simon Meyers ab, der auf der Stelle tot zusammenbrach.

Strafverurteilung eines Gelangenen an der Tuolensinsel. Auf seinen dem Glanz an der Küste von Capone, wo sie jetzt 20 Jahre im Verlies verbracht hat, hat er sich als ein sehr gefährlicher Mann erwiesen, der zwei Häftlinge das Leben gekostet hat. Ein Strafgefangener namens Müller bemächtigte sich in einem Anfall von Trottelheit des Revolvers eines Aufsehers und baß damit auf Geratemahl mehrere Schüsse ab, durch die sein Genosse Balot tödlich getroffen wurde. Dann führte sich Müller ins Meer und war der Müller war der Jellensolle des Häftlings Lima, dessen Schopenhauerästhetik innerlich großes Aufsehen erregt hatte.

Automobilunfälle. In der Nähe von Compigne überstieß ein Automobil, in dem der dortige Mühlenselbstherr von Dooren mit seiner Frau, einem zwölfjährigen Sohn und zwei kleinen Töchtern saß. Der Chauffeur hatte, um einem Betrunknen auszuweichen, allzu rasch gebremst. Das Ehepaar und der Sohn haben sich dabei verletzt, die kleinen Mädchen sind wie durch ein Wunder unversehrt geblieben. Das Automobil des ehemaligen Ministerpräsidenten Maua überfuhr ein durchgehendes Pferd eines Gendarmen nahe bei Salabail. Der Gendarm geriet unter die Räder des Automobils und wurde sofort getötet. Maua und sein im Automobil stehender Schwiegerohn erlitten leichte Verletzungen. Das Automobil wurde schwer beschädigt.

Eine Hinrichtung ohne Feuer. Wie aus Christburg (Schlesien) gemeldet wird, sollte dort dieser Tage ein Mann hingerichtet werden. Er ließ sich jedoch nicht hinrichten lassen, sondern nicht werden und die Hinrichtung nicht vollziehen werden konnte. Schließlich meldete sich aber doch ein Feind.

der, wie er angab, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit sich entfernt verhalten mußte.

Ein solches Aufsehen für junge Mädchen. In Nürnberg wurde kürzlich in einer höheren Mädchenschule ein Mädchen einer der oberen Klassen folgendes Unfallschicksal erlitten: Dabei um eigene Erlöse der höheren Töchter handelt, mit dem leider nicht mittelteilt; aber die Erweiterung des Lehrplans mit dem Mädchenleben macht noch offenbar Fortschritt.

Millionenwunder. Die Majorswitze Elisabeth Griseinger ist in Stuttgart mit drei Fingerringen unter drei Beschuldigung verhaftet worden. Archibaldwunderleim im großen Umfang veräußert zu haben. Ihre Schuldhaft beträgt mehr wie eine Million. Unter den Höchstbügeln befinden sich zahlreiche mittlere und kleine Leute, die zum Teil auch Geld verloren haben.

Zigarettenhalter für Damen. Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen und den Damen das Raucherergänzen bequemer zu gestalten, haben die Londoner Juweliere neuerdings goldene, mit Zmwelen geschmückte Zigarettenhalter in den Handel gebracht. Sie bestehen aus einem Ring, der an den Fingerring der linken Hand gefestigt wird, und an dem eine zur Aufnahme der Zigarette bestimmte Klammer befestigt ist. Das Ding gestattet ein bequemes Halten der Zigarette, schützt die Fingerippen vor dem bräunenden Einfluß des Tabakstaubes und bildet dabei ein Schmuckstück; Größtens, um ihm die Gunst der Raucherinnen zu gewinnen.

Letzte Depeschen.

Furchbare Schiffskatastrophe.
Emden, 15. Dezember.

Der Postkahnberg, der gestern vormittag den Dampfer „Norm“ aus dem hiesigen Hafen durch die Ems steuerte, ist als Leiche mit einem Rettungsgürtel angehen von dem Dampfer „Hörsing“ aufgegriffen und nach Wilhelmshaven gebracht worden.

Bei der Insektungsstunde in der Weiser liegt ein eierne Schiff verloren. Man vermutet, daß es der Dampfer „Norm“ ist. Dafür spricht auch der Umstand, daß in der Nähe ein Rettungsgürtel mit der Aufschrift „Norm“ trieb. Von dem Verbleib der gestunken, aus etwa 30 Mann bestehenden Besatzung des „Norm“ fehlt jede Nachricht.

8 Tote bei Braunsdorf.
Chemnitz, 15. Dezember.

Nach Mitteilung der Eisenbahnbetriebsdirektion Chemnitz sind im Laufe des heutigen Tages vier weitere Leichen geborgen worden, so daß die Zahl der bei dem Braunsdorfer Eisenbahnunglück zu Tode gekommenen Personen bisher acht beträgt. Ob noch weitere Leichen unter den Trümmern liegen, konnte nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden.

Deutsche auf der Flucht.
Kempfort, 15. Dezember.

Wie der „Tribüne“ aus El Paso gemeldet wird, sind dort dreihundert deutsche Flüchtlinge aus Chihuahua eingetroffen.

Die neueste Wahlweiber-Uniat.
London, 15. Dezember.

Auf einem Bauhoflagerplatz in Deponort brach Feuer aus. Der Gesamtagerbestand fiel den Flammen zum Opfer, so daß allgemein der Schaden auf 12 000 Pfund Sterling angenommen wird. An diesem Abend fand man ein Exemplar der Zeitung der Suffragetten mit der Bemerkung: „Reparatur für Frau Parkhursts Verhaftung!“

Sport-Nachrichten.

Die Vorbereitungen für die in Berlin stattfindenden Olympischen Spiele 1916 werden auch von preussischen Kultusministerien lebhaft unterstützt. So hat der Kultusminister schon einen Erlass herausgegeben, wonach bei den Schülern der höheren Lehranstalten (Holl- und Nisthollanstalten) und den Zöglingen der Lehrerbildungsanstalten ein halbes Jahr vor Vollendung des zehnjährigen Vollendungsmessungen vorgenommen werden sollen. Die in diesen Olympia-Spielungsstätten (Kampfen, Springen, Wurfsportarten und Schwimmen) bevorzogenen Sportarten werden dann dem Deutschen Reichsauswahl für Olympische Spiele namhaft gemacht, der sich über zur weiteren Ausbildung annimmt. Die Olympia-Prüfungskämmer, die vielleicht in den Aufzählungen noch eine weitere Ergänzung erfahren, sind geeignet, das Interesse am Sport in alle Kreise zu tragen, vor allem aber werden die Schule der körperlichen Ausbildung geachtet werden, die das von schon heute den gegenwärtigen Einfluss der Internationalen Olympischen Spiele zu prüfen beginnen. Diefem Vorhaben des preussischen Kultusministeriums werden sich auch die Unterrichtsverwaltungen der übrigen Bundesstaaten anschließen.

Wetter-Aussichten.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Zimena, Montag, 15. Dezember, 8 Uhr morg.

Landrüberleitung und Wetterlage in Europa.

Das geftern über der Ostsee liegende Tief ist nach Rußland gezogen. Von Nordwesten dringt ein neuer Wirbel vor. Das azorische Hoch hat sich nahezu behauptet. Die Wetterung bleibt auch weiterhin veränderlich und feucht, dabei milde.

Witterungsaussicht für den 16. Dezember:
Meist trüb mit Niederdrücken, mild, zeitweise mächtig westlicher Wind.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes

- 17. Dezember: Wolke, meist heiter, milde.
- 18. Dezember: Wolke, teilw. bed. milde.
- 19. Dezember: Teilw. bew. teilw. bed. milde.
- 20. Dezember: Veränderlich, heilbarte Winde, ziemlich milde.

Verantwortlich für den politischen Teil: Stegert Dörfel für den örtlichen Teil: für Protokoll- und Nachrichten: Dr. Eugen Brinkmann, Neustadt, Vermittlungsamt; für die Buchhaltung: für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Waack; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von C. O. Schmidt, sämtlich in Halle.

— Die Nummer enthält 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

